

Fünfter Bauabschnitt verzögert sich

Diskussion um Fälschungen im Internet und der Kammerbeitrag belasten Sanicare

Von Simone Grawe

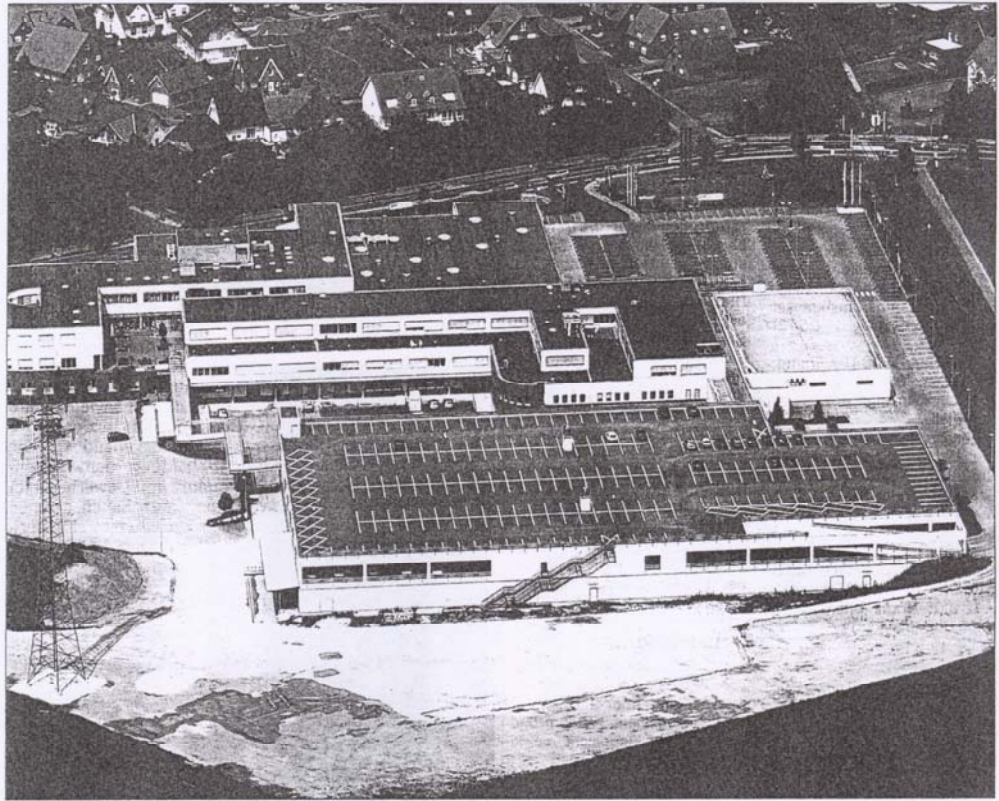
BAD LAER. Lieber heute als morgen möchte die Sanicare-Gruppe ihren Logistikbereich erweitern und an das Gesundheitszentrum einen fünften Bauabschnitt anfügen, doch über dem millionenschweren Bauprojekt schwebt nach wie vor ein Damoklesschwert. Es sind bislang nicht geklärte Hürden im politischen Bereich, die das Vorhaben verzögern, sehr zum Leidwesen des Unternehmens.

Dabei belastet die Diskussion um Fälschungen im Internet und verschreibungspflichtigen Arzneimitteln das Unternehmen ebenso wie die bislang nicht geklärte Frage über die Höhe des zu leistenden Kammerbeitrages.

Auf Nachfrage erläuterte Pressesprecherin Simone Brundiek, dass mit dem geplanten mehrgeschossigen Anbau mit einer Grundfläche von 6000 Quadratmetern in erster Linie der Versandhandel von Arzneimitteln ausgedehnt werden soll. Allein in dieser Sparte erwirtschaftete die Sanicare-Gruppe im abgelaufenen Wirtschaftsjahr einen Umsatz von 176 Millionen Euro.

Rund ein Viertel der über Internet bestellten Medikamente sind nach Auskunft von Brundiek verschreibungspflichtig, und in diesem Punkt liegt der sprichwörtliche Hase im Pfeffer. Verschiedene Bundesländer – in erster Linie Bayern und Sachsen – wollen per Gesetzesinitiative bewirken, dass der Versand von rezeptpflichtigen Medikamenten verboten wird. Begründung der Länder: Arzneimittelfälschung aus dem Internet sei ein ernstzunehmendes Thema, und um Fälschungen künftig auszuschließen, müsse der Versandhandel mit verschreibungspflichtigen Arzneimitteln generell gestoppt werden.

„Die Gründe sind unserer Ansicht aber nur vorgeschoben“, vermutet Brundiek. Vielmehr sei zu vermuten,



Sand im Getriebe: Bei der Realisierung des fünften Bauabschnitts des Gesundheitszentrums, der an das Parkdeck im unteren Bildrand angegliedert werden soll, gibt es erneute Verzögerungen. Foto: Archiv/Westdörp

dass die Apothekerlobby Wettbewerb verhindern und „normale Apotheker“ vor Ort schützen wolle und man daher alles versuche, um den Versandhandel auszuhebeln.

Höhere Anforderungen

„Dabei haben wir als Versandhandel höhere Anforderungen zu erfüllen als die Hausapotheken“, bekräftigte Brundiek. Mehr noch: Bislang sei laut Bestätigung des Bundeskriminalamtes keine Fälschung einer deutschen Versandapotheke über das Internet bekannt.

Als zweite Hürde nannte das Unternehmen die Unstimmigkeiten mit Blick auf den zu leistenden Beitrag an die Apothekerkammern. Sa-

nicare-Chef Johannes Mönster will erst dann mit der Erweiterung beginnen, wenn es eine endgültige Kammerbeitragsregelung gibt. Streitpunkt: In Nordrhein-Westfalen gibt es unabhängig vom Apothekenumsatz einen Höchstbetrag von 10 000 Euro pro Jahr, während in Niedersachsen die Apothekerkammer abhängig vom Umsatz Forderungen stellt, was für Sanicare bei einem Umsatz von nahezu 400 Millionen Euro einen Beitrag von mehreren Hunderttausend Euro jährlich bedeutet. Dagegen hat Sanicare geklagt.

Über die endgültige Festsetzung wird das Obergericht Lüneburg in zweiter Instanz zu entschei-

den haben, wobei die Verhandlungen gegenwärtig fortgesetzt werden. Hier werde grundsätzlich die Frage zu klären sein, ob die Beiträge mit oder ohne Kapazitätsgrenze zu erheben seien. Unterliegt Sanicare in dem Prozess, ist eine Standortverlagerung nach Nordrhein-Westfalen nicht ausgeschlossen. Das hatte Johannes Mönster bereits vor einigen Monaten angekündigt.

Umsatzeinbußen

Darüber hinaus hätte die Nicht-Realisierung des fünften Bauabschnittes weitere folgenschwere Konsequenzen, verdeutlichte Brundiek. Bei einem Versandverbot verschreibungspflichtiger Arzneimittel geht das Unterneh-

men von Umsatzeinbußen im Versandbereich in Höhe von 25 Prozent aus. Dies würde unweigerlich einen Stellenabbau nach sich ziehen. Demgegenüber würden beim Bau des fünften Abschnitts zwischen 100 und 150 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Neue Arbeitsplätze

Ungeachtet der ungeklärten Verhältnisse gibt sich Sanicare optimistisch: „Wir gehen davon aus, dass die von Bayern und Sachsen geforderte Gesetzesänderung nicht eintritt und der sichere Versandhandel wie bisher laufen kann“, äußerte sich Brundiek. Vor diesem Hintergrund wäre ein Baubeginn im Frühjahr denkbar.